PR THEMENINFO CORONA PRÄMIE

PERSONALRAT
UNIKLINIK KÖLN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um Sie bzgl. Corona Prämie für Beschäftigte im Krankenhaus auf dem Laufenden zu halten, veröffentlichen wir hier zwei Schreiben an die politisch Verantwortlichen.

Das Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der Unikliniken NRW, der auch wir in Köln angehören, an die zuständige Ministerin Pfeiffer-Poensgen.

Darin geht es nicht nur um die Corona-Prämie für alle Beschäftigten, sondern auch um weitere Maßnahmen.

Auf dieses Schreiben gab es bislang keine Rückmeldung.

Das weitere Schreiben wurde von ver.di mit der Unterzeichnung von mehr als 40 Personal- und Betriebsräten aus dem Gesundheitswesen an den Bundesgesundheitsminister am 18.09.2020 übergeben.

Auch wir haben dieses Schreiben unterzeichnet.

Beide Appelle sprechen für sich.

Wir hoffen, dass die Politik endlich und kurzfristig zu konkreten Entscheidungen im Sinne der Beschäftigten in Krankenhäusern kommt.

IMPRESSUM V.i.S.d.P.: Renate Kern, PR-Vorsitzende, Telefon: 478-5300, Internet: E-Mail: Personalrat@uk-koeln.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT
DER PERSONALRÄTE DER
UNIVERSITÄTSKLINIKEN
IN NORDRHEIN-WESTFALEN
(AG PR UK NRW)

An die
Ministerin für Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen
Frau Pfeiffer-Poensgen
Völklinger Str. 49

40221 Düsseldorf

c/o: Universitätsklinikum Düsseldorf - Personalrat
Martin Koerbel-Landwehr
Moorenstr. 5, Geb. 14.77
40225 Düsseldorf
T 0211/8117195
F 0211/8118933
Koerbel-Landwehr@med.uni-duesseldorf.de

Düsseldorf, den 24.08.2020

Aktuelle Situation an den Universitätskliniken in NRW – Perspektiven für die Zukunft schaffen!

Sehr geehrte Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen,

vor einigen Wochen haben wir uns mit einem Schreiben an Sie gewandt, in dem die Personalräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen angesichts der aktuellen Entwicklungen und insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie notwendige Maßnahmen für die Universitätskliniken gefordert haben.

Gerade bei der Sicherstellung der Versorgung der erkrankten Bürgerinnen und Bürger kommt den Universitätskliniken in NRW eine besondere Bedeutung zu. Daher bemühen sich alle Beschäftigten und Auszubildenden der Universitätskliniken und ihrer Tochtergesellschaften die Funktionsfähigkeit aller Bereiche sicherzustellen, die Anzahl der Intensivbehandlungsplätze zu erhöhen, die Notaufnahmen auszubauen oder auch in den Laboren die Zahl der möglichen Testungen zu erhöhen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Personalräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen) der Universitätskliniken in NRW hatte daher vorgeschlagen, allen Beschäftigten und Auszubildenden der Universitätskliniken NRW und deren Tochtergesellschaften eine monatliche steuerfreie Zulage von 500,- € zu zahlen, um damit den Dank für ihr besonderes Engagement auszudrücken.

In der Antwort Ihres Hauses wurde dieses Anliegen als gut nachvollziehbar bewertet. Sie haben dann mitgeteilt, dass das Anliegen an das Ministerium für Gesundheit und Soziales (MAGS) herangetragen wurde und auf Gespräche auf Bundesebene verwiesen. Das MAGS hat in seiner Antwort auch das Ansinnen positiv bewertet, aber die Personalräte wieder an die Vorstände der Universitätskliniken verwiesen. Die Vorstände der Universitätskliniken haben den Personalräten wieder geantwortet, dass es eine landesweite Regelung geben müsse und daher die Landesregierung eine Regelung herbeiführen müsse.

Sie werden verstehen, dass diese Antworten die Beschäftigten und Auszubildenden der Universitätskliniken und deren Tochtergesellschaften nicht befriedigen. Wir erwarten, dass Sie als zuständige Ministerin hier für eine konkrete Lösung sorgen.

Wie bereits in der Vergangenheit auch mit Herrn Dr. Herr aus Ihrem Haus diskutiert, müssen die notwendigen Investitionen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Universitätskliniken in NRW, zur Erweiterung der Intensivkapazitäten und zum Ausbau der Ausbildungseinrichtungen für die Pflege und der Berufe im Gesundheitswesen durch das Land NRW bereitgestellt werden.

Denn auch den Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen gelingt es immer schlechter, das notwendige Personal zur Erfüllung ihrer Aufgaben in Krankenversorgung, Lehre und Forschung zu gewinnen. Nicht nur in den Pflegeberufen, sondern auch in den medizinischen Berufen, in der Technik, den Versorgungsbetrieben und der Verwaltung gestaltet es sich schwierig, die notwendigen Beschäftigten einzustellen oder zu halten.

Die Personalräte und die Jugend- und Auszubildendenvertretungen der sechs Universitätskliniken des Landes NRW halten es daher weiterhin für erforderlich mit einer gemeinsamen Initiative die Rahmenbedingungen in den Universitätskliniken zu verbessern. Dabei ist sowohl die Ausbildung in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht in allen Ausbildungsbereichen zu verbessern, als auch die notwendigen Rahmenbedingungen zur Einwerbung von Personal zu schaffen.

Die bestehenden Ausbildungseinrichtungen (Schulen und Lehranstalten) entsprechen in vielen Bereichen in ihren räumlichen und technischen Ausstattungen nicht mehr den aktuellen und zukünftigen Anforderungen. Die Ausbildungseinrichtungen wurden häufig bereits vor einigen Jahrzehnten errichtet und die technische Ausstattung nicht entsprechend der medizinischen und technischen Entwicklung angepasst.

Die Personalräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen der Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen halten daher ein Investitionsprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen für die Ausbildung in den Universitätskliniken für zwingend und kurzfristig erforderlich.

In den Zeiten der Pandemie ist deutlich geworden, dass viele Arbeiten auch im Home Office erledigt werden können. Durch die Schließung auch der Schulen im Gesundheitswesen wurden in den Universitätskliniken die Auszubildenden nicht mehr vor Ort unterrichtet, sondern kurzfristig provisorische Lösungen für das digitale Lernen gesucht. Dabei wurde festgestellt, dass hier noch erhebliche Investitionen in Hard- und Software erforderlich sind. Auch wenn jetzt schrittweiser wieder der Unterricht in den Schulen der Gesundheitsberufe aufgenommen wird, wird auch weiterhin ein Teil der theoretischen Unterweisungen digital stattfinden. Auch längerfristig wird das digitale Lernen einen eigenen Anteil an der Ausbildung haben.

Die Personalräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen der Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen schlagen daher vor, an allen Universitätskliniken die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Dabei sollte sowohl die notwendige Software beschafft als auch den Auszubildenden die notwendigen Endgeräte zur Verfügung gestellt werden.

Um das notwendige Personal und auch Auszubildende zu gewinnen, müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen. An allen Standorten gibt es zunehmende Schwierigkeiten für Beschäftigte und Auszubildende angemessene und bezahlbare Wohnungen zu finden. Der angespannte Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen insbesondere in den Universitätsstädten macht sich hier bemerkbar. Die Universitätskliniken verfügen auch nicht (mehr) über die erforderliche Anzahl von Personalwohnungen, Appartements und Personalunterkünften. In den letzten Jahren sind entsprechende Sozialeinrichtungen eher reduziert als ausgebaut worden.

Notwendige Mittel zur Renovierung bestehender Einrichtungen oder zum Neubau standen nicht zur Verfügung. Daher ist nach unserer Auffassung auch für diesen Bereich eine Initiative des Landes NRW als Träger der Universitätskliniken dringend erforderlich.

Sehr geehrte Ministerin,

die Personalräte und JAVen würden gerne zu den angesprochenen Themen in einen Dialog mit Ihnen persönlich eintreten und dabei weitere Hinweise und Vorschläge unterbreiten. Daher schlagen wir ein gemeinsames Gespräch in den nächsten Wochen vor und bitten diesbezüglich um einen Terminvorschlag.

In Erwartung Ihrer Antwort verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

(Martin Koerbel-Landwehr)

18. September 2020

Corona-Prämie im Krankenhaus nur für wenige – wir machen nicht mit!

Sehr geehrter Herr Spahn,

wir begrüßen, dass nun auch in den Krankenhäusern Prämien für die besonderen Leistungen während der Corona-Pandemie gezahlt werden sollen. Klinikbeschäftigte haben das mit vielen Aktionen und Petitionen gefordert. Doch das von der Deutschen Krankenhausgesellschaft und den Gesetzlichen Krankenkassen vorgelegte Konzept stellt uns als Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen vor Probleme.

Wir sind die Interessenvertretungen aller Beschäftigten. Von den Corona-Prämien soll aber nur ein kleiner Teil profitieren. Sie soll lediglich bis zu 100.000 von insgesamt 440.000 Pflegekräften im Krankenhaus zugutekommen. Beschäftigte in den Laboren, in der Reinigung und vielen anderen Bereichen, die bei der Eindämmung der Pandemie ebenfalls eine zentrale Rolle spielen, sollen leer ausgehen.

Alle Beschäftigten sind für die Krankenversorgung wichtig. Alle haben besondere Leistungen erbracht, sich vorbereitet und qualifiziert. Alle waren bereit, Verantwortung zu übernehmen, überall war die Anspannung zu spüren. Die Anerkennung ausschließlich Beschäftigten zu zollen, die Covid-19-Patientinnen und -Patienten gepflegt haben, wird der besonderen Situation nicht gerecht.

Auch geben wir zu bedenken, dass die Pandemie noch längst nicht ausgestanden ist. Es besteht die Gefahr, Menschen zu enttäuschen, auf deren hohe Motivation und Einsatzwillen es in den kommenden Monaten wieder maßgeblich ankommen wird.

Aus all diesen Gründen sind wir nicht Willens und in der Lage, daran mitzuwirken, den einen den Bonus zuzuteilen und den anderen nicht. Das schafft Unfrieden in der Belegschaft. Dafür übernehmen wir keine Verantwortung.

Wir werden bei der Verteilung dieser unzureichenden Prämie nicht mitwirken. Stattdessen fordern wir Sie auf, dafür zu sorgen, dass alle Beschäftigten der Krankenhäuser eine finanzielle Wertschätzung für ihre Arbeit während der Pandemie erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

P2009103; Stand: 09/2020